



„Gekommen, um zu bleiben? – Rückkehrpolitik in der Migrationsgesellschaft“

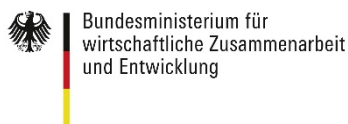
Dokumentation zum Fachgespräch des agl –
Fachforums „Migration, Diaspora und Entwicklung“
vom 20.11.2018

Impressum

- Redaktion:** Fachforum „Migration, Diaspora und Entwicklung“
- Herausgeber*in:** agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V., Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, www.agl-einewelt.de
- Erscheinungsdatum:** März 2019
- Kontakt:** Jeasuthan Nageswaran
Bundeskoordination „Migration, Diaspora und Entwicklung“
Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke e.V. (agl)
bundeskoordination-mde@agl-einewelt.de

Working Paper, Diskussionspapiere und Dokumentationen stellen keine offiziellen politischen Positionen der agl e.V. dar. Sie dienen der Zirkulation von Diskussionsständen, der Dokumentation von Arbeits- und Diskussionsprozessen sowie der Veröffentlichung von Meinungs- und Debattenbeiträgen mit dem Ziel, Perspektivenvielfalt und Debatten im agl-Netzwerk zu fördern, bzw. abzubilden.

gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Zusammenfassung

Angesichts aktueller Debatten um Migrationpolitik und jene als dringlichste gesellschaftliche und politische Gestaltungsaufgabe unserer Zeit, diskutierten Vertreter*innen aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Blickwinkeln in einem Fachgespräch über (staatliche) Rückkehrpolitik in der Migrationsgesellschaft.

Vor dem Kontext des BMZ-Programms „Perspektive Heimat“ wurde im Fachgespräch herausgestellt, dass aus staatlichen Perspektiven Rückkehrförderung und Rückkehrberatung für Betroffene als Alternative zur gezwungenen Ausreise zu verstehen sei, um Perspektiven in Herkunftsgesellschaften vor bzw. nach einer Rückkehr aufzuzeigen. Eine wichtige Rolle würden dabei zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus der Inlandsarbeit, aber auch Engagierte vor Ort bei der sog. Reintegration von Rückkehrfreiwilligen spielen.

Aus zivilgesellschaftlichen Perspektiven wurde betont, dass eine Rückkehr bedeute, stets im Status des „Nie-Angekommen-Seins“ zu verharren. Denn Menschen fliehen vor Zwangs- und Notsituationen und eine Rückkehr könne deshalb nie „freiwillig“ sein. In diesem Zusammenhang wiesen zivilgesellschaftliche Akteur*innen auf die Gefahren hin, die der Einsatz von Entwicklungspolitik als Druckmittel mit sich bringe. Sie erinnerten an die Rolle der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, globale Zusammenhänge von Migration und Flucht aufzuzeigen und ebenso die Bedeutung von Menschen mit Migrations- und/oder Fluchtgeschichte für eine *plurale* und *diverse* Migrationsgesellschaft wertzuschätzen.

Es diskutierten:

- Dr. Bernhard Braune (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
- Virginia Wangare-Greiner (maisha e.V.)
- Jennifer Ichikawa (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt)
- Paulino Miguel (Forum der Kulturen der Welt Stuttgart e.V.)
- Andreas Rosen (Stiftung Nord-Süd-Brücken)

Inhalt

Zum Kontext der Veranstaltung	5
Ein Überblick in 5 Statements	6
Migration, Rückkehr und „Freiwilligkeit“	8
Die Rolle der Zivilgesellschaft	9
Diskussionsrunde	12
Auf den Punkt gebracht	14
Die 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland	16
Über die agl	16

Zum Kontext der Veranstaltung

Ein Fachgespräch des agl-Fachforums

Hintergrund:

Migration ist soziale Wirklichkeit in Deutschland, ebenso wie die globalen Auswirkungen von Flucht und Vertreibung. Einen zunehmenden Stellenwert in den aktuellen Diskussionen nimmt dabei die Frage ein, *ob und wie* die Rückkehr von Geflüchteten und Migrant*innen in ihre Herkunftsgesellschaften ausgestaltet werden kann. Eng damit verknüpft ist die Frage wie Zukunftsperspektiven in Herkunftsgesellschaften, aber auch in der Migrationsgesellschaft hierzulande geschaffen werden können. Vor diesem Hintergrund bot das agl-Fachforum „Migration, Diaspora und Entwicklung“ mit dem Fachgespräch im November 2018 zivilgesellschaftlichen und staatlichen Stimmen einen Raum, um die aktuelle Rückkehrpolitik in der Migrationsgesellschaft zu diskutieren und kontextualisieren.

Die Fragestellungen:

- ➔ Welche Perspektiven kann die Auseinandersetzung mit Rückkehrpolitik für die entwicklungspolitische Eine Welt-Arbeit aufzeigen?
- ➔ Welche gemeinsamen Schnittmengen gibt es zwischen Zivilgesellschaft und den staatlichen Rückkehrprogrammen in der Inlandsarbeit?
- ➔ Was ist das Programm “Perspektive Heimat“ und wie ist es einzuordnen?
- ➔ Welche Chancen und Risiken bergen Rückkehrförderung für die Betroffenen?
- ➔ Was passiert nach einer Rückkehr? Gibt es eine Rückkehr aus der Rückkehr?

Ein Überblick in 5 Statements

Rückkehrpolitik in der Migrationsgesellschaft

„Eine wichtige Rolle spielen zivilgesellschaftliche Akteure“ (Dr. Bernhard Braune)

Das BMZ-Programm „Perspektive Heimat“ richtet sich im Kern an Migranten, die zurückkehren wollen oder müssen und zeigt Integrationsmöglichkeiten für die Betroffenen in den jeweiligen Heimatländern auf. Es läuft bereits in über 13 Ländern und unterstützt die Reintegration durch Beratungszentren in den Heimatländern einerseits und durch vorbereitende Maßnahmen (z.B. durch Reintegrations-Scouts) in Deutschland andererseits. Die Länderauswahl des Programms setzt da an, wo mehrere Voraussetzungen erfüllt sind, z.B., wenn ein BMZ-Entwicklungsvorhaben im jeweiligen Land besteht, eine Rückkehr sicher gestaltbar ist und die Anzahl der Rückkehrer groß genug ist. Eine wichtige Rolle im Kontext des Programms spielen zivilgesellschaftliche Akteure aus Deutschland wie auch aus den Partnerländern.

„Rückkehr bedeutet keineswegs Ankommen“ (Virginia Wangare-Greiner)

Bei den ganzen Diskussionen um Rückkehr wird außer Acht gelassen, dass besonders Frauen auf eine besondere Weise den zahlreichen Gefahren auf ihrer Flucht ausgesetzt sind. Keine Frau flieht freiwillig und keine Frau sollte ein erneutes Trauma durch eine erneute Ausreise bzw. Rückkehr auf sich nehmen - von den enormen finanziellen Kosten und der Notwendigkeit Schulden aufzunehmen mal abgesehen. Zahlreiche Gespräche und Erzählungen von traumatisierten Frauen führten dazu, dass wir als Frauenselbsthilfegruppe (maisha e.V.) über Flucht und Fluchtursachen aufklären. Auf der anderen Seite sollte uns auch bewusst sein, dass wir über die schrecklichen Zustände reden müssen, denen Rückkehr*innen ausgesetzt sind - Rückkehr bedeutet keineswegs Ankommen.

„Rückkehr langfristig denken“ (Jennifer Ichikawa)

Im Kontext des Projekts „Kommunal Nahost“ zur Qualifizierung von syrischen Geflüchteten in der Kommunalverwaltung ist uns klar geworden, dass kommunale

Mitarbeiter*innen für einen Wiederaufbau der Versorgung in Syrien fehlen. Deutsche Kommunen können gerade hierzu einen Beitrag leisten. In Gesprächen haben syrische Vereine oft den Wunsch geäußert, auf kommunaler Ebene gesellschaftlichen Wandel mit demokratischen Mitteln vorantreiben zu wollen. Daraus entstand ein Praktikumsprogramm für Syrer*innen in Zusammenarbeit mit Kommunen, das nicht nur Rückkehr, sondern ebenso die Integration hierzulande mit im Blick hat. Insgesamt müssen wir Rückkehr langfristig denken und die Qualifizierung der Betroffenen weiter fördern. Es gibt Menschen, die vielleicht eines Tages zurückkehren können bzw. wollen und wir können einen Beitrag dazu in Deutschland leisten.

„Rückkehr ist ein komplexes und schicksalhaftes Thema“ (Paulino Miguel)

Rückkehr ist ein komplexes und schicksalhaftes Thema, denn es geht um die Zukunft und das Leben von Menschen, die Vieles auf sich genommen haben, um nach Deutschland zu kommen. Das Programm „Perspektive Heimat“ wirft in diesem Zusammenhang für mich sehr viele Fragen auf. Fragen nach realen Handlungsspielräumen für die Betroffenen. Fragen danach, wie sichergestellt werden kann, dass Rückkehrer*innen nicht dem wieder ausgesetzt werden, vor dem sie geflohen sind. Betroffene kommen in eine veränderte Heimat zurück und das ist eine große Herausforderung für sie. Darüber hinaus müssen Menschen, die in Deutschland eine Heimat gefunden haben, die Chance bekommen, hier bleiben zu dürfen. Es wäre ein Zeichen, dass wir die globalen Zusammenhänge von Migration und Flucht verstanden hätten.

„Recht auf Bewegungsfreiheit sollte jedem Menschen zustehen“ (Andreas Rosen)

Im Moment beschäftigt sich die Stiftung Nord-Süd-Brücken nicht mit dem Thema Rückkehr oder Rückkehrpolitik. Wir sind aber der grundlegenden Auffassung, dass ein Recht auf Bewegungsfreiheit jedem Menschen zusteht. Es ist kein exklusives Recht von Europäer*innen. Das Recht auf globale Bewegungsfreiheit wurde von Europa jahrhundertlang ohne irgendeinen zu fragen gepflegt – und das dürfen wir, wenn wir uns mit der Rückkehrpolitik beschäftigen, nicht vergessen. Insgesamt dürfen auch EZ-Mittel niemals als Druckmittel eingesetzt werden, um Staaten zur Mitarbeit an der europäischen Migrationspolitik zu zwingen. Diese Tendenzen sind aber zu erkennen, wenn wir uns staatliche Rückkehrprogramme genauer ansehen.

Migration, Rückkehr und „Freiwilligkeit“ Ein gemeinsames Verständnis?

„Rückkehrthematik darf nicht Hardlinern überlassen werden“ (Dr. Bernhard Braune)

Migration ist ein wünschenswerter, sozialer, aber auch komplexer Prozess. In diesem Zusammenhang sei der UN-Migrationspakt erwähnt, der den internationalen Konsens über Migration gut abbildet. Das BMZ arbeitet eben auf dieser Grundlage. Es ist nicht in unserem Interesse Migration *per se* abzulehnen, im Gegenteil: Wir wollen Mobilität entwicklungspolitisch fördern. Mit Bezug zur Rückkehr muss dieser Prozess individuell, sicher und würdevoll gestaltet werden. Die Rückkehrpolitik des BMZ ist nicht nur von der innenpolitischen Logik getrieben, wir sind vor allem davon überzeugt, dass die Rückkehrthematik nicht Hardlinern überlassen werden darf. Denn ansonsten gäbe es nur Abschiebung ohne Reintegration und ohne Perspektiven in Heimatländern.

„Eine Rückkehr in Würde gibt es nicht“ (Paulino Miguel)

Eine Rückkehr in Würde gibt es nicht. Für mich bleibt und ist es eine Abschiebung, wenn die Wahl zur Ausreise nicht besteht. Viele zivilgesellschaftliche Akteure sehen es als ihre Aufgabe im Inland die globalen Zusammenhänge von Migration und Flucht in Kommunen zu thematisieren – und die Rückkehrthematik lässt sich da nur schwer mit unserem Verständnis von Migration zusammenbringen. Für uns stehen die Anerkennung der Migrant*innen, ihre gesellschaftliche Teilhabe und die Inlandsarbeit im Fokus, nicht so sehr die Rückkehr.

„Es fehlen die Informationen zu Rückkehrprogrammen“ (Virginia Wangare-Greiner)

Viele Menschen, die vor einer Abschiebung stehen, wissen nicht, wie es weiter geht mit ihnen. Zu diesem Zeitpunkt fehlen einfach die Informationen zu den besagten Rückkehrprogrammen und anderen Angeboten. Außerdem dürfen wir auch nicht vergessen, dass Menschen nach einer Abschiebung auf der Suche nach neuen Lebenschancen oft wieder eine teure Flucht bzw. Auswanderung in Kauf nehmen.

„Nur unter der Bedingung der Freiwilligkeit“ (Jennifer Ichikawa)

An dieser Stelle sei eine Studie erwähnt, die besagt, dass wir nur unter der Bedingung der Freiwilligkeit überhaupt über Perspektiven in den Heimatländern sprechen können. Es gibt Menschen, die tatsächlich freiwillig zurückkehren wollen. Und für diese Menschen sind gerade die Beratungszentren sehr wichtig. Auch Qualifizierungsprogramme können nur mit offenen Zukunftsperspektiven bestehen.

„Der Diskurs um Migration wird von Rechten bestimmt“ (Andreas Rosen)

Der Diskurs um Migration wird momentan von Rechten bestimmt und es ist die Aufgabe der Zivilgesellschaft im gemeinsamen Kampf die Deutungshoheit zurückzuerlangen. Was die gemeinsame Schnittmenge zwischen Zivilgesellschaft und BMZ angeht, müssen wir gerade gemeinsam darin eine Diskursverschiebung erreichen. Wenn wir über Migration reden, dann dürfen wir auch nicht vergessen, dass tatsächlich nur ein Bruchteil davon Europa betrifft. Auch sei hier nochmals betont, dass eine Beteiligung am Programm „Perspektive Heimat“ nur möglich wäre, wenn Rückkehr auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang basiert.

Die Rolle der Zivilgesellschaft Gemeinsame Schnittmengen?

„Perspektive Heimat stellt Verhinderung von Abschiebung dar“ (Dr. Bernhard Braune)

Aus unserer Sicht stellt das Programm „Perspektive Heimat“ für die Betroffenen, auch wenn bereits Ausreisepflicht besteht, eine Verhinderung von Abschiebung dar. Mehr noch, es gewährleistet eine erfolgreiche Rückkehr und zeigt Perspektiven auf. Mit Bezug zu der Frage nach gemeinsamen Schnittmengen sehen wir beispielsweise gute Anknüpfungspunkte zum Promotor*innen-Programm. Denkbar ist, dass über das Promotor*innen-Programm die Informationen über unsere Förderprogramme der Zielgruppe in Deutschland zugänglicher gemacht werden können. Wer seine Möglichkeiten nicht kennt, kann nicht frei entscheiden. Ebenso sehen wir

Anknüpfungspunkte zur Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen im Herkunftsland. Wir verfolgen insgesamt einen vernetzten Ansatz, wobei Weiterentwicklungsmöglichkeiten (Qualifizierung, Unternehmensgründungen) durch einen dialogischen Prozess begleitet werden.

„Zwang lässt sich nicht verheimlichen“ (Jennifer Ichikawa)

Ein paar Gedanken zur Freiwilligkeit: Zwang bei der aktuellen politischen Lage lässt sich nicht verheimlichen. Da es Rückkehrzwang gibt, ist es wichtig, dass die Zivilgesellschaft sich einbringt, um die Betroffenen zu unterstützen.

„Spannung zwischen Staat und Zivilgesellschaft aushalten“ (Andreas Rosen)

Aus meiner Sicht ist der wesentliche Unterschied zwischen Ministerium und z.B. der Stiftung Nord-Süd-Brücken, dass wir als Zivilgesellschaft Regierungsentscheidungen nicht umsetzen müssen, sondern dagegen protestieren können. Da müssen wir alle auch mal die Spannung zwischen Staat und Zivilgesellschaft einfach aushalten. Eine andere Frage, die mich auch beschäftigt, ist, warum es das Programm „Perspektive Heimat“ in unsicheren Ländern wie Afghanistan oder Irak gibt? Es gibt so viele Alternativen zur aktuellen Rückkehrpolitik. Ich erinnere gerne an *Solidarity City* in Toronto, wo niemand nach Papieren gefragt wird.

„Berater*innengremium mit migrantischen Akteuren“ (Paulino Miguel)

Ich frage mich, welche Akteure beteiligt sind an diesem komplexen Programm? Wer ist am Dialog beteiligt? Bevor wir wirklich über eine Beteiligung der Zivilgesellschaft am Programm „Perspektive Heimat“ nachdenken, sollten wir darüber reden, warum es kein unabhängiges Berater*innengremium aus migrantischen Akteuren gibt, um Transparenz in die Rückkehrthematik zu bringen.

„Diaspora ist die Trägerin des relevanten Wissens“ (Virginia Wangare-Greiner)

Ich bin davon überzeugt, dass wir, wenn wir über Rückkehr sprechen, auch darüber sprechen müssen, wie die Diaspora eingebunden ist. Die Diaspora hat einen direkten Bezug zu den Betroffenen und sie ist die Trägerin des relevanten Wissens. Ein anderer Aspekt, auf den ich hier auch aufmerksam machen will, ist der Genderaspekt. Wenn wir über die Betroffenen sprechen, dann geht es vor allem auch um traumatisierte Frauen. Ganz deutlich gesprochen: Die meisten Frauen können nicht einfach zurückkehren. Die Frauen werden oft Opfer von Menschenhandel und Prostitution. Sie sind durch ihre Vergangenheit und Geschichte gezeichnet, sodass eine Rückkehr in ihre Herkunftscommunity einfach nicht mehr möglich ist. Geld für die Rückkehr reicht da eben nicht aus. Die betroffenen Frauen müssen professionell und langfristig begleitet werden. Das kann die Zivilgesellschaft nicht allein schaffen.

„Die Idee eines Beratergremiums ist gut“ (Dr. Bernhard Braune)

Ich würde gerne auf einige der angesprochenen Punkte näher eingehen wollen. Ich denke, wenn wir über Ausreisepflicht und Rückkehr reden, sollten wir immer genau differenzieren, über wen und über welches Herkunftsland wir reden. Zu der Frage der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen: Das BMZ und insbesondere die Beratungszentren stellen natürlich Informationen zur Verfügung, die über gefährliche und illegale Wege der Ausreise informieren, wir informieren aber auch über legale Möglichkeiten der Einreise nach Deutschland. Insgesamt muss Migration aber besser organisiert werden, damit Schlepperbanden nicht weiter von illegaler Migration profitieren. Mit Bezug zur Idee eines Beratergremiums: Ich finde die Idee eines Beratergremiums gut und würde gerne ein solches einrichten wollen. Zu der Frage nach der Rückkehr aus der Rückkehr: alle, die ohne Wiedereinreisesperre ausreisen, haben später die Möglichkeit durch einen Antrag auf legale Einreise zurückzukehren und die Zentren vor Ort leisten dazu natürlich Hilfestellungen. Auch der angesprochene Gender-Aspekt findet durch spezielle Scouts bereits Einklang in das Programm.

Fragen aus dem Plenum

Diskussionsrunde

Warum kann man bei Rückkehrenden nicht mehr Geld in die Hand nehmen bzw. in die Menschen vor Ort investieren anstatt in Unternehmen?

Dr. Bernhard Braune:

Kein Rückkehrprozess gleicht dem anderen und daher gibt es auch nicht die eine feste Fördersumme. Erst in Beratungsgesprächen wird herausgestellt, was das Passende für Rückkehrer ist. Unser Programm besteht im Wesentlichen aus drei Blöcken: Qualifizierung, Beschäftigungsförderung und Unternehmensgründung. In diesem Zusammenhang ermöglicht die Zusammenarbeit mit Unternehmen, eine Brücke zu Herkunftsländern zu schlagen.

Wie ist die Idee des Rückkehrprogramms im BMZ entstanden?

Dr. Bernhard Braune:

Das Programm ist vor dem Hintergrund entstanden, für Rückkehrer Reintegrationschancen und damit Perspektiven in den Herkunftsländern zu schaffen – das ist allein schon ein plausibler Grund. Bei 19.000 Maßnahmen in den letzten Jahren hat das gut funktioniert und wir sind da auf einem guten Weg.

Wie werden Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) im Rückkehrprogramm einbezogen?

Dr. Bernhard Braune:

Z.B. über eine Veranstaltung wie diese. Darüber hinaus gab und gibt es auch Schritte in Richtung Zivilgesellschaft, insgesamt über 20 Veranstaltungen bundesweit im letzten

Jahr. Auch der Beirat, der eingerichtet wurde, bezieht die o.g. Expertise in der Aus- und Fortbildung der Reintegrationsscout mit ein.

Wer sind die Reintegrationsscouts und was machen sie genau?

Ein Reintegrationsscout berichtet:

Seit Mitte 2017 sind die sogenannten Reintegrationsscouts bundesweit im Einsatz. Sie arbeiten eng mit den Migrationsberatungsstellen der GIZ in den Herkunftsländern zusammen. Ihre Aufgabe ist es, Rückkehrberater in ihrer Arbeit zu unterstützen und Rückkehrfreiwillige zu individuellen Perspektiven (Ausbildungs-, Berufsangebote, soziale Unterstützung, psychosoziale Beratung), Reintegrationsangeboten vor Ort oder reintegrationsvorbereitenden Maßnahmen in Deutschland zu informieren.

Wer sind die Menschen, die zu den Reintegrationsscouts kommen?

Ein Reintegrationsscout berichtet:

Die Klientel kann sehr unterschiedlich sein. Wir haben es mit Menschen zu tun, die freiwillig ausreisen wollen oder zum Teil ausreisepflichtig sind und die Möglichkeit unserer Unterstützungsangebote wahrnehmen wollen. Auch die Hintergründe können dabei ganz unterschiedlich sein. Was uns aber wichtig ist, ist der Einzelfall. Wir sind im engen Austausch mit den Migrationsberatungsstellen und es gibt ein Monitoring, um nachzuhalten, was aus den Menschen geworden ist.

Abschlussworte

Auf den Punkt gebracht

„Das Angebot des Dialogs bleibt weiter bestehen“ (Dr. Bernhard Braune)

Wir haben heute sehr ausgiebig über das Thema Rückkehr gesprochen und ich betone gerne nochmal, dass wir diese Thematik nicht Hardlinern überlassen dürfen. Ich denke, dass gerade entwicklungspolitische Instrumente, z.B. das Promotor*innen-Programm, genutzt werden sollten, um eine erfolgreiche Rückkehr zu gewährleisten. Das Angebot des Dialogs bleibt weiter bestehen und ich fände es gut, wenn wir ihn weiterführen.

„Mitarbeit im Berater*innengremium heißt nicht Befürwortung“ (Paulino Miguel)

Migrant*innenselbstorganisationen haben sehr lange für Teilhabe und Mitsprache in gesellschaftspolitischen Prozessen gekämpft und wir sehen heute, dass sich viel geändert hat. Sie werden angefragt und ihre Expertise in der Zusammenarbeit eingeholt – und das ist positiv. Auch eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen Rückkehrprogrammen und MSO, z.B. in Form eines Berater*innengremiums, würde ich begrüßen. Aber ich möchte hier an der Stelle betonen, dass eine Mitarbeit in einem Berater*innengremium nicht als Befürwortung oder Unterstützung von Rückkehr gedeutet werden darf. Ich sehe gerade die Gefahr, dass Rückkehrprogramme dazu genutzt werden, Menschen abzuschieben. Rückkehr bedeutet für mich auch, dass wir darüber nachdenken müssen, dass es Menschen gibt, die aus unterschiedlichsten Gründen zurückkehren wollen und dass es eben auch Menschen gibt, die es *nicht* wollen. Wir als Zivilgesellschaft müssen dafür sorgen, dass alle Stimmen gehört werden und ein Dialog aus allen Perspektiven zum besseren Verständnis der komplexen Thematik beiträgt.

„Politik ist keine Einbahnstraße“ (Virginia Wangare-Greiner)

Es ist ein politisches Thema, das uns heute beschäftigt hat – Politik ist keine „Einbahnstraße“. Will heißen, dass der Diskurs zum Rückkehr-Thema nicht einseitig

geführt werden darf. Wir müssen uns der Frage stellen, wie zu diesem komplexen Thema eine Brücke geschlagen werden kann zwischen hier und dort. Man braucht die Partner in den Herkunftsländern, aber auch die Zivilgesellschaft hier. Die Zivilgesellschaft muss einen *stake* in dieser Thematik haben.

„Der Fokus hat sich verschoben“ (Jennifer Ichikawa)

Der Fokus der Diskussionen hat sich verschoben. Es wird nicht mehr über Flucht und Fluchtursachen, sondern nur noch über Rückkehr gesprochen. Ich fände es aber wichtig, dass wir alle Aspekte dieser komplexen Thematik zusammenbringen und zusammendenken.

„Die Debatte ist für uns Neuland“ (Andreas Rosen)

Die Debatte ist entwicklungspolitisches „Neuland“ für unsere Stiftung. Die Diskussion müssen meiner Ansicht nach vor allem zivilgesellschaftliche Verbände führen. Ich denke da z.B. an VENRO oder die agl. Meine Skepsis, die ich anfangs zu dieser Thematik gehabt habe, ist ehrlich gesagt, nicht weniger geworden. Aber wir müssen die Diskussion darüber weiter führen.

Die 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB)

Fon: 0711/66 48 73 60
info@deab.de
www.deab.de

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.

Fon: 089/35 04 07 96
info@eineweltnetzwerkbayern.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER)

Fon: 030/42 85 15 87
info@eineweltstadt.berlin
www.eineweltstadt.berlin

Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungs- organisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)

Fon: 0331/70 489 66
info@venrob.org
www.venrob.org

Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V. (BeN)

Fon: 0421/69 53 14 23
info@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. (in Auflösung)

Fon: 040/35 893 86
info@ewnw.de
www.ewnw.de

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen)

Fon: 069/91 39 51 70
info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Fon: 0381/20 37 38 46
info@eine-welt-mv.de
www.eine-welt-mv.de

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)

Fon: 0511/39 16 50
info@ven-nds.de
www.ven-nds.de

Eine Welt Netz NRW e.V.

Fon: 0251/28 46 69-0
info@eine-welt-netz-nrw.de
www.Eine-Welt-Netz-NRW.de

Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V. (ELAN)

Fon: 06131/97 208 67
info@elan-rlp.de
www.elan-rlp.de

Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V. (NES)

Fon: 0681/938 52-35
info@nes-web.de
www.nes-web.de

Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsens e.V. (ENS)

Fon: 0351/49 233 64
kontakt@einewelt-sachsen.de
www.einewelt-sachsen.de

Eine Welt Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V. (EWNSA)

Fon: 0340/23 011 22
ewnsa@web.de
www.ewnsa.de

Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI)

Fon: 0431/67 93 99-00
info@bei-sh.org
www.bei-sh.org

Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V. (EWNT)

Fon: 03641/22 499 50
buero@ewnt.de
www.ewnt.de

Über die agl

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Zusammenschluss der 16 Eine Welt- Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht.

Auf Landesebene haben sich Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zu Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit der Eine Welt- Landesnetzwerke leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Durch ihre Arbeit tragen sie dazu bei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern.

Gemeinsame Ziele der Arbeit von agl und Eine Welt-Landesnetzwerke sind die Professionalisierung und der Ausbau der Arbeit lokaler Eine Welt-Gruppen. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Initiativen, Gruppen und Vereine.